



Hopp Schwiiz? Hopp Europa!

Die Schweiz und Europa: Welche Perspektiven?

Die Schweiz ist gespalten: Die Fangemeinde von Chrb will auf keinen Fall zur Europäischen Union EU gehören. Die anderen möchten lieber heute als morgen im Euroland dabeisein. Es gibt aber auch noch die Dritten, die trotz Europhorie hinnen und Europhobie drüben die rechtlichen und sozialpolitischen Folgen einer Integration nicht vergessen. MOMA hat mit Caroline Brüesch und Hans Baumann zwei differenzierte EU-BefürworterInnen zum Redaktionsgespräch geladen. Die Fragen stellte Franz Horváth, die Abschrift besorgte Roland Brunner.

Die EU-BeitrittsgegnerInnen werden oft als populistische IsolationistInnen bezeichnet. Die BeitrittsbefürworterInnen gelten dagegen als EurophorikerInnen, die einer inhaltlosen, abstrakten Utopie anhängen. Wo seht ihr die stärksten Argumente der BeitrittsgegnerInnen?

Caroline Brüesch: Die wichtigsten Argumente sind zugleich die populistischen Schlagworte. Zwei Hauptar-

gumente sehe ich da: Es wird erstens behauptet, dass ein EU-Beitritt unsere Unabhängigkeit und unsere Souveränität gefährde. Zweitens wird eine Einschränkung der Volksrechte als Konsequenz des Beitritts beschworen.

Die EU-GegnerInnen verharren auf einem traditionellen Verständnis der staatlichen Unabhängigkeit. Sie definieren den Staat einzig über die Verteidigungsfähigkeit seines Territoriums und seiner Bevölkerung. Diese Vorstellung von Unabhängigkeit entspricht nicht mehr dem heutigen Bedrohungsbild. Heutige Bedrohungen können nicht gegeneinander, sondern nur miteinander beantwortet werden. Wir teilen die Bedrohungen mit unseren Nachbarn: organisiertes Verbrechen, Umweltzerstörung, Migrationsströme, schrankenloser Wettbewerb und Gewinnmaximierung der Unternehmer. Gerade durch unser Abseitsstehen von der EU können wir diese und andere Probleme nicht so angehen, wie wir es müssten. Wir verzichten mit unserem Alleingang darauf, unsere Unabhängigkeit und Selbstbestimmung wahrzunehmen

und reagieren nur noch auf die Geschehnisse um uns herum. Reagieren oder Dulden ist weder souverän noch unabhängig.

Das Argument einer Einschränkung der Volksrechte durch einen EU-Beitritt ist eng mit dem ersten Problem verbunden. Dieses Argument zieht seine Kraft aus einer verzerrten Darstellung unserer direkten Demokratie und der Rechtsordnung der EU. Direkte Demokratie bedeutet für mich die Möglichkeit, das politische, soziale und wirtschaftliche Umfeld zu gestalten und mitzubestimmen. Ich habe diese Möglichkeit wahrgenommen, indem ich Unterschriften gesammelt habe für die Initiative "Ja zu Europa". Ich schätze dieses Instrument der direkten Demokratie sehr. Aber wir haben heute in vielen Bereichen gar nicht mehr die Möglichkeit, frei zu entscheiden. Das Parlament muss bei der Ausarbeitung von Gesetzen die EU-Bestimmungen "autonom nachvollziehen", indem es EU-Recht übernimmt oder mindestens darauf achtet, dass Schweizer Gesetze nicht in einem Widerspruch zu EU-Recht stehen. Gesetzesvorla-



Caroline Brüesch engagiert sich als Vorstandsmitglied in der Neuen Europäischen Bewegung Schweiz NEBS, einem Zusammenschluss beitragsfördernden Organisationen. Sie arbeitet beim Bundesamt für Flüchtlinge BFF, Abteilung Internationales.

gen, die nicht EU-konform sind, kommen gar nicht zur Abstimmung.

Von 1990 bis 1994 wurden vierzig Projekte dem obligatorischen Referendum unterstellt oder durch Volksinitiativen eingereicht. Von diesen vierzig Abstimmungen wären drei vollumfänglich im Bereich der EU gelegen und damit ausserhalb der Schweizer Rechts hoheit. 23 Begehren wären weiterhin ohne Abänderung möglich gewesen. Der Rest tangierte zumindest EU-Recht und wäre zumindest betroffen von einer EU-Mitgliedschaft. Auf der kantonalen oder lokalen Ebene ist der Anteil von Begehren, die kein EU-Recht tangieren, natürlich viel höher. Die politische Mitbestimmung wäre dort weiterhin ungebrochen möglich. Zudem könnten wir bei einem Beitritt auch über alle EU-Belange mitbestimmen. Ein EU-Beitritt bedeutet also keine Minderung der Mitbestimmungsrechte, sondern deren Ausbau – vor allem wenn wir uns bemühen würden, auch neue Instrumente zu schaffen wie das konstruktive Referendum.

Hans Baumann: Themen wie "Überfremdung" usw. in der Argumentation der EU-GegnerInnen will

ich gar nicht aufnehmen. Ich möchte aber zwei Punkte anfügen, die ich sehr ernst nehme: das Argument des Lohn- und Sozialdumpings verbunden mit der Angst vor der EU als Deregulierungsinstitution und das Argument, das wir mit "Festung Europa" bezeichnen können.

Die Einschätzung, dass die EU mit ihrem Binnenmarkt und ihrer Wirtschafts- und Währungsunion in erster Linie ein Deregulierungsprojekt sei, das den Wettbewerb fördere, das den Standort Europa auf Vordermann bringen will, all das ist eine Tatsache, die wir akzeptieren müssen. Bis heute haben in der EU diejenigen Kräfte obsiegt, die im Sinne eines neoliberalen Projekts durch die Ausweitung der Konkurrenz wirtschaftliches Wachstum schaffen wollen. Diese Kräfte dominieren politisch auch in der Schweiz – da besteht kein grosser Unterschied.

Die Frage ist nun, wie wir damit umgehen. Wenn wir eine Chance haben wollen in der Welt – nicht in Europa –, beschäftigungs- und sozialpolitische Konzepte durchzusetzen, die Richtung Solidarität und sozialer Mindestnormen für alle gehen, dann kann das nur in einem relativ starken Wirtschaftsraum gelingen, der auch

weltweit eine Stimme hat, der einen Wirtschaftsfaktor darstellt. Es ist eine Illusion zu glauben, dass in einem Land – und erst recht in einem kleinen Land wie der Schweiz – ein hohes Beschäftigungs- und Sozialniveau gehalten werden könnte, während sonst weltweit dereguliert, abgebaut, weggespart wird. Solche Projekte können nur gelingen, wenn diejenigen Kräfte in Europa stärker werden, die das garantieren können und wollen. Die EU und schon früher die Europäische Gemeinschaft EG hat immer aus diesen beiden Kräften bestanden. Im Moment dominieren die neoliberalen Kräfte, aber die Chance zur Stärkung der anderen Kräfte und Konzepte bietet sich nur gemeinsam in einem wirtschaftlich starken Raum wie Europa. Das ist für mich das Hauptargument, bei diesem Wirtschafts- und Währungsprojekt EU mitzumachen.

Auch das Argument einer drohenden "Festung Europa" ist sehr ernst zu nehmen. Jede Einheit (Union) hat die Tendenz, sich nach aussen abzuschotten. Man kann ja nicht alle Vorteile, die man sich selber gibt, auch allen anderen anbieten. Einheit führt automatisch zur Diskriminierung von Drittländern, wie wir dies als Schweiz heute selber erleben. Das Schengener-Abkommen formalisiert diese Abschottung bevölkerungs- und arbeitsmarktpolitisch. Aber auch hier gilt: Die EU-Politik ist um nichts schlimmer als die Schweizer Politik. Man kann also nicht unsere "Selbständigkeit" als positives Gegenstück gegen den EU-Beitritt verteidigen.

Es gibt aber auch sehr positive Schritte. Die EU ist ein äusserst dynamisches Projekt, das in einem sehr hohen Rhythmus Fortschritte nach innen und auch nach aussen mit sich bringt. Die wichtigste Entwicklung hier wird die Ausweitung der EU Richtung Mittel- und Osteuropa sein. Fünf Länder stehen auf der Türschwelle und werden wohl alle noch vor der Schweiz in den EU-Raum treten. Sechs oder sieben weitere Länder stehen als Kandidaten vor der EU-Türe. Die Osterweiterung führt auch zu Wanderungsbewegungen von Arbeitskräften. Die Personenfreizügigkeit für Ost- und Mitteleuropa wird weitgehende Folgen – auch für die Schweiz – haben. Die Festung Europa wird durchlässiger.

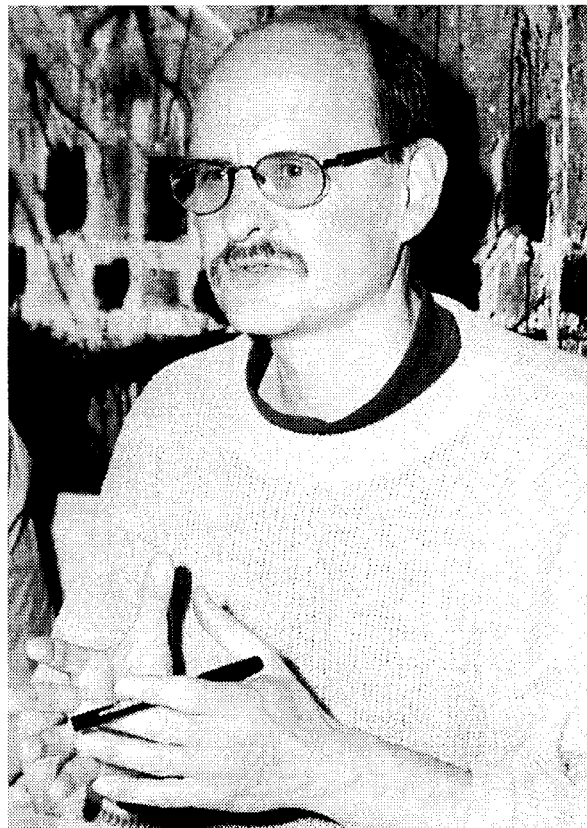
Wenn wir die Perspektive wechseln: Welches sind denn die Vorteile eines EU-Beitritts für die Schweiz?

Caroline Brüesch: Niemand kann heute eine wirkliche Kosten-Nutzen-Rechnung machen. Zunächst würde aber mit einem EU-Beitritt der Tatsache Rechnung getragen, dass wir sozial, wirtschaftlich und kulturell bereits untrennbar mit der Union verbunden sind. Der selbstverordnete Alleingang der Schweiz ist ein künstliches Gebilde. Ein Beitritt würde unsere Handlungsspielräume und Handlungschancen erhöhen. Ein gleichberechtigtes Mitbestimmungsrecht in Europa würde die Schweiz wieder souverän und unabhängig machen.

Den jüngeren SchweizerInnen würde ein EU-Beitritt vor allem auch neue und breitere Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten eröffnen. Er würde die wirtschaftlichen Spielräume und Entfaltungsmöglichkeiten unserer Exportwirtschaft vergrössern – nicht nur zum Wohle der Wirtschaft, sondern auch für die einzelnen ArbeitnehmerInnen. Vor allem würde ein Beitritt auch die äussere und innere Sicherheit der Schweiz stärken. Eine Beteiligung an der europäischen Rechts- und Friedensordnung, an gemeinsamen Standards für Rechtsstaatlichkeit, die Respektierung der Menschenrechte und Demokratie, ist die beste Voraussetzung für ein friedliches und sozial stabiles Europa. Mit dem Vertrag von Amsterdam wird zum bereits bestehenden Wirtschaftsraum auch ein gemeinsamer Raum der Freiheit, des Rechts und der Sicherheit angestrebt. Nur als vollwertiges Mitglied in der EU werden wir in diesen Sicherheitsraum einbezogen.

Hans Baumann: Aus der Sicht der ArbeitnehmerInnen und damit aus Sicht der Gewerkschaften sieht man, dass die bilateralen Verhandlungen in eine Sackgasse führen. An einer Veranstaltung über die angestrebte Personenfreizügigkeit hat ein Vertreter des Integrationsbüros das Problem so formuliert: "Wir können einzelne Bereiche des Verhältnisses der Schweiz zur EU über die bilateralen Verhandlungen lösen, aber es ist unmöglich, dieses Bereiche aus dem

Hans Baumann ist stellvertretender Zentralsekretär der Gewerkschaft Bau & Industrie GBI. Er befasst sich dort mit der gewerkschaftlichen Europapolitik, europäischer Sozialpolitik und europäischen Betriebsräten.



ganzen Regelwerk herauszulösen." Die verschiedenen Problembereiche hängen mit so vielen gesetzlichen Regelungen zusammen, dass sie gar nicht mehr einzeln diskutierbar und lösbar sind.

Für die Gewerkschaften ist das problematisch. Die Wirtschaft hat es in den letzten Jahren verstanden, zum Beispiel im Wirtschaftsrecht diejenigen Regelungen herauszupicken, die für sie nützlich sind. Die noch so beschränkten Regelungen zum Beschäftigungsniveau, zu den sozialen Mindeststandards usw. sind dagegen liegengeblieben. Wir diskutieren in der Schweiz ja höchstens noch flankierende Massnahmen. Die bestehenden EU-Regelungen wie die Arbeitszeitrichtlinie werden nicht aufgenommen. Auch die Personenfreizügigkeit nützt vor allem der Wirtschaft, die dann Kader beliebig über die Grenzen hinweg einsetzen kann. Den normalen ArbeitnehmerInnen bringt das wenig – abgesehen von jungen Menschen, die wirklich auf einem internationalen Arbeitsmarkt suchen können und wollen. Während also die Multis auch Schweizer Arbeitskräfte hin- und herschieben können, bleibt den Arbeitenden die Mitbestimmung ver-

wehrt, weil sie nicht der EU-Richtlinie über europäische Betriebsräte unterstehen. Heute muss ein Multi zwar einen europäischen Betriebsrat zulassen, aber die Schweizer Angestellten müssen darin nicht einbezogen werden.

Diese Lücken lassen sich nur mit einem EU-Beitritt schliessen. Ich bin inzwischen der Meinung, dass dies möglichst schnell geschehen sollte. Die EU entwickelt eine solche Dynamik, dass der Beitritt für die Schweiz immer schwieriger wird. Der Abstand wird grösser. Der Schritt, den die Schweiz tun müsste, wird immer länger. Der Umweg über den Europäischen Wirtschaftsraum EWR ist für mich keine Alternative mehr.

Von ihren Ursprüngen her ist die EU ein Stabilitäts- und Friedensprojekt. Im Alltag erscheint sie heute als ein Projekt zur Herstellung eines gemeinsamen Marktes. Was ist das Ziel der europäischen Einigung heute?

Caroline Brüesch: Die wirtschaftliche Integration fördert das friedliche Miteinander. Diese Dynamik hat die europäische Integration aber seit der Stahlunion immer mehr auf das rein



NEUE EUROPÄISCHE BEWEGUNG SCHWEIZ

Die Europäische Bewegung Schweiz (EBS), die Bewegung "Geboren am 7. Dezember 1992" (G7D), die Jungen Europäischen Föderalistinnen und Föderalisten (JEF) und Aktion Europa Dialog (AED) haben am 28. März 1998 ihre Kräfte zusammengeführt, um das Schweizer Volk vom Beitritt zur Europäischen Union zu überzeugen. Die vier Organisationen haben alle ein gemeinsames Ziel: den raschen Beitritt der Schweiz zur Europäischen Union. Diese Übereinstimmung hat sich durch die gemeinsame Lancierung und gültige Einreichung der eidgenössischen Volksinitiative "Ja zu Europa!" ausgedrückt.

Jede der vier Bewegungen ist überparteilich organisiert und vereint Vertreterinnen und Vertreter verschiedener Herkunft mit dem Ziel des Beitritts zur EU. Der gemeinsame Nenner ist die Idee, dass die EU nur mit einer föderalistischen Struktur erfolgreich bestehen kann. Die vier Bewegungen sind überzeugt, dass die wichtigen Fragen betreffend die Zukunft unseres Kontinents (Umweltschutz, Arbeitslosigkeit, Sicherheit) nur gelöst werden können, wenn die Spielregeln auf europäischer Ebene aufgestellt und anschliessend von allen Nationalstaaten respektiert werden. Sie erachten eine vollständige Teilnahme der Schweiz an der Erarbeitung dieser Regeln und deren anschliessende Beachtung als notwendig. Sie verwerfen die Idee einer "offshore-Schweiz", die sich nur bereichert und nicht solidarisch an den Lösungen für diese Herausforderungen partizipiert. Die jüngste Geschichte lehrt uns, dass sich eine egoistische Haltung längerfristig nicht bewährt. Die vier Bewegungen glauben auch nicht an eine Alternative ausserhalb der EU: die Schweiz muss nach ihrer Meinung so rasch wie möglich beitreten.

Weitere Informationen: <http://www.europa.ch>

Wirtschaftliche verlegt. Erst in den letzten Jahren gewinnt das Projekt einer sozialen Mindestordnung, eines Raum der Rechtssicherheit für das Individuum wieder an Gewicht. Die EU ist aber immer noch ein vertracktes Gebilde, das den Zugang sehr schwierig macht. Das Vertragswerk ist sehr schwer zu lesen, sehr unübersichtlich. Es fehlt der EU immer noch an demokratischen Beteiligungsmöglichkeiten. Das wurde mit den Beteiligungsmöglichkeiten des Parlamentes in Rechtssetzungsverfahren verbessert. Es bleibt aber viel zu tun. Ich könnte mir die EU gut vorstellen mit direkten Volkent-

scheiden. Die EU hat in letzter Zeit so viel dynamisches Potential entwickelt, dass ich zuversichtlich bin. Die komplementären Pfeiler zur Wirtschafts- und Währungsunion sind am entstehen.

Hans Baumann: Die Bestrebungen zu einer politischen Union in Europa bestanden schon früh in diesem Jahrhundert. Nach dem Zweiten Weltkrieg und der Neuordnung Europas kamen die Gründerväter (Schuman, Adenauer, Monet und andere) auf die geniale Idee, die wirtschaftliche Vereinigung anzustreben – und dafür waren ja alle – und die wirtschaftli-

chen Zwänge dann den politischen Druck erzeugen zu lassen. Dieser Trick der Funktionalisten, der auch theoretisch begründet wurde, hat bis heute tatsächlich funktioniert. Die wirtschaftlichen Fusionsstufen ab 1958 (EG-Vertrag) haben auch zu politischen Unionsschritten geführt. Dieser Druck wird weiter bestehen. Der Vertrag von Amsterdam beispielsweise geht in der politischen Zusammenarbeit viel weiter als alle vorherigen Verträge. Auch die Misserfolge der Aussenpolitik haben Lernprozesse und Handlungsperspektiven ausgelöst.

Die einen sehen die EU als Gegengift gegen die Globalisierung, andere sehen in der EU als Vorreiterin der Deregulierung. Welche Kräfte dominieren?

Hans Baumann: Es gibt grösser werdende Bereiche der wirtschaftlichen Globalisierung, aber auch der Globalisierung der Umweltprobleme, die nur mit grossräumigen politischen Projekten beantwortet werden können. Das heisst aber nicht, dass der Nationalstaat tot ist. Gewerkschaften und Umweltverbände haben alles Interesse daran, die neoliberale Politik mit wirtschafts-, sozial- und umweltpolitischen Projekten auch auf nationalstaatlicher Ebene zu beantworten und den Nationalstaat gegen die Rechten und gegen das Kapital zu verteidigen. Es gibt Probleme, die nur nationalstaatlich und kleinräumig gelöst werden können. Bei den ganz grossen Fragen wie globale Sozialstandards zur Kinderarbeit zum Beispiel, die nicht nur für die hochindustrialisierten, reichen Länder des Westens gültig sein sollen, sondern für alle Menschen, kann nur mit regionalen Wirtschaftsmächten globale Politik durchgesetzt werden.

Caroline Brüesch: In den industrialisierten westeuropäischen Staaten – auch in der Schweiz – zeigt sich immer mehr ein Auseinanderklaffen von Wirtschaft und Politik. Die Wirtschaft revolutioniert sich in einem Tempo, das der Politik keine Chance mehr zu lassen scheint. Die Grossunternehmen profitieren von dieser Entwicklung, weil sie sich am schnellsten auf diese Jagd nach den

besten Standorten optimieren können. Kleinere und mittlere Unternehmen, aber auch ArbeitnehmerInnen haben da mehr Mühe, in diesem brutalen Spiel mitzuhalten. Die Wirtschaft saniert sich heute auf Kosten des Staates mit unglaublichen Aktengewinnen.

ArbeitnehmerInnen und StimmbürgerInnen fühlen sich heute ohnmächtig, wenn sie sehen, wie Konzerne und Superreiche Steuervorteile ausnützen, damit Millionen sparen und gleichzeitig Tausende von Leuten entlassen. Der wirtschaftliche freie Wettbewerb in der EU, wie er in den Verträgen festgelegt ist, muss auch die Lebensgrundlagen und Beschäftigungsbedingungen der Menschen verbessern, nicht nur die Gewinne der Unternehmen. Das Lomé-Abkommen für die Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern und die Aufbauhilfe in Osteuropa gehen in diese Richtung. Dort eröffnet die EU auch Chancen für die Menschen.

Eine zentrale Kritik an der EU zielt auf ihr Demokratiedefizit. Wo liegen die Chancen für eine Demokratisierung Europas?

Hans Baumann: Das demokratische Defizit der EU wurde etwas vermindert durch die Stärkung des Europa-Parlaments. Dieses kann heute den Kommissionspräsidenten wählen, der eine wichtige Stellung einnimmt. Zweitens kann das Parlament heute gemäss dem Verfahren des neuen Artikels 251 im EU-Vertrag über viele Belange mitentscheiden, die vorher dem Ministerrat vorenthalten waren. Das Parlament hat nach dem neuen Verfahren ein absolutes Vetorecht. Das Gleichgewicht zwischen den EU-Institutionen hat sich damit zugunsten des Parlaments, aber auch zugunsten der Unionsinteressen, bzw. zuungunsten der nationalstaatlichen Einzelinteressen verschoben.

Die EU wurde zentralistischer, aber gleichzeitig demokratischer. Das bedeutet, dass sich das Gleichgewicht auch zu Gunsten der Gewerkschaften und der Umweltorganisationen verschoben hat. Das Parlament entscheidet fast immer fortschrittlich – im Gegensatz zum regierungsbestimmten Ministerrat. Die SozialpartnerInnen, die auch selbständig ohne EU-Kommission

Vereinbarungen treffen können in der EU, werden eher zu Vereinbarungen finden. Die Arbeitgeber werden zu mehr Zugeständnissen bereit sein, weil sie sonst vor das Parlament müssen und sie dort eine schlechtere Position haben.

Caroline Brüesch: Heute werden auch die nationalen Parlamente stärker in die Entscheidungsfindung einbezogen und eingebunden. Ich könnte mir aber sehr wohl vorstellen, in der EU auch direkte demokratische Sachentscheide zu haben. Damit könnte die geforderte BürgerInnennähe hergestellt werden. Diese Nähe zwischen BürgerInnen und Union fehlt heute

Sind nicht gewerkschaftliche oder umweltpolitische Bewegungen auf europäischer Ebene zum Vorneherein benachteiligt? Die Distanzen, die Sprachenvielfalt usw. schaffen doch für soziale Bewegungen ein strukturelles Defizit gegenüber der Kapitalseite.

Hans Baumann: Das Ungleichgewicht auf europäischer Ebene zwischen Kapital und sozialen Bewegungen liegt nicht an der organisatorischen Schwäche der Gewerkschaften oder Bewegungen auf europäischer Ebene. Die Schwäche der Gewerkschaftsbewegung auf europäischer Ebene ist wirklich ein grosses Problem, aber das liegt mehr daran, dass die Sozialbeziehungen praktisch ausschliesslich national definiert waren. Die SozialpartnerInnen haben es bisher kaum geschafft, diese auf eine europäische Ebene zu heben. Die Organisationen der Arbeitgeber sind allerdings auf internationaler Ebene noch viel schlechter organisiert als die Gewerkschaften. Sie haben das aber auch viel weniger nötig.

Das Problem ist, dass auch die bisherigen Errungenschaften wie die Richtlinie über Euro-Betriebsräte nicht das Resultat von Kämpfen sind, sondern von oben politisch verordnet wurden. Es muss nun darum gehen, die so erlassenen Strukturen mit Leben und Bewegung zu füllen.

Ihr habt viel konkretes über die Entwicklung des Wirtschafts-europas gesagt und viele Wünsche für ein Sozial- und Umwelt-

«Amsterdam»

Der Vertrag von Amsterdam, der Ende Juni 1997 von den Staats- und Regierungschefs der 15 Mitgliedstaaten verabschiedet und im Oktober 1997 unterzeichnet wurde, wird im Verlaufe des Jahres 1998 in allen Mitgliedstaaten der EU ratifiziert und voraussichtlich am 1. Januar 1999 in Kraft treten. Der Vertrag, als Weiterführung des Vertrages von Maastricht von 1992 gedacht, gilt als wichtige Etappe im europäischen Integrationsprozess. «Amsterdam» ist in der schweizerischen Presse kaum zur Kenntnis genommen worden, obwohl er für die Schweiz im Falle eines Beitritts von ausgesprochener Bedeutung sein wird.

Die positiven Ergebnisse des Amsterdamer Vertrages für die Schweiz sind zweifelsohne die Möglichkeiten der Flexibilität (gewisse Staaten, die in einem durch die EU geregelten Bereich über das bestehende Recht hinausgehen möchten, können dies tun) sowie der konstruktiven Enthaltung im sicherheits- und verteidigungspolitischen Bereich. «Amsterdam» bringt auch mehr Bürgernähe und Transparenz sowie eine stark erweiterte Mitsprache des europäischen Parlaments und die Vereinfachung der Entscheidungsverfahren. Mängel findet man vor allem bei der fehlenden Reform der Institutionen und dem Verpassen des Übergangs von Einstimmigkeits- zu Mehrheitsentscheidungen im Rahmen der Entscheidungen des Ministerrates. «Amsterdam» ist Beweis dafür, dass sich die EU in dauerndem Wandel befindet und heikle Bereiche, welche zu den traditionellen Domänen nationalstaatlicher Politik gehören, nur sehr langsam vergemeinschaftet werden. Der Vertrag von Amsterdam, die Erweiterung der EU nach Mittel- und Osteuropa und die Dynamik des institutionellen Reformprozesses wird die Isolierung der Schweiz erheblich vergrössern. Mit jeden Integrationsschritt der EU verringert sich das Mitgestaltungspotential der Schweiz. Ihre Lage in Europa wird dazu führen, dass sie ihre Standortvorteile allmählich verliert. Je länger sie zuwartet, desto stärker nimmt die Wahlmöglichkeit ab: sie wird nicht mehr als starkes Land beitreten können, sondern als schwaches Land beitreten müssen.



europa geäussert. Ist denn grosräumige Politik nicht noch viel langsamer, noch viel defizitärer gegenüber der Wirtschaft? Stärken sich nicht heute vor allem die nationalistischen Kräfte am EU-Internationalismus? Die europäischen BürgerInnenbewegungen, die heute Aufschwung haben, sind doch vor allem die rassistischen bis faschistischen Kräfte. Die Sozialdemokratie erklärte sich auf dem internationalen Parkett selbst zur Basis. Ihre Hoffnungen konzentrierte sie hingegen auf ihre fortschrittliche Verwaltungsarbeit.

Hans Baumann: Fast überall in Europa sind heute sozialdemokratische Regierungen an der Macht. Auch in Deutschland könnte ein Regierungswechsel vor der Tür stehen. Da kann man kaum behaupten, dass einzig die Rechte sich an der Europäisierung stärken.

Das Vertragswerk der Europäischen Union garantiert ja noch keine Einhaltung und Durchsetzung der gesetzten Normen. Es fehlt immer noch ein Rahmengerüst, das über das multiple Vertragswerk hinausgeht – es fehlt eine europäische Verfassung. Ein europäisches Verfassungswerk, das in den nationalen Verfassungen der europäischen Staaten aufgehoben ist, könnte erst gleiche Massstäbe und die Garantie der Gleichberechtigung und Gleichbehandlung schaffen.

Caroline Brüesch: Es gibt die verschiedensten Entwürfe für ein europäisches Verfassungswerk. Die Lösung kann aber nicht ein Verfassungserlass von oben sein. Eine Verfassung, die den Einzelnen einen wirklichen Bezug zu diesem grösseren Raum Europa gibt, müsste durch das aktive Engagement der BürgerInnen entstehen.

Eine Verfassungsgebung wäre zudem ein klares Signal in Richtung gemeinsamer politischer Ordnung. Damit wäre der Schritt vom Staatenbund der internationalen Gemeinschaft hin zum Bundesstaat Europa weit fortgeschritten. Die wirtschaftliche Entwicklung und Integration hat noch keine so weit reichende politische Integration bewirkt. Ich denke, das wird noch viele Jahre brauchen, aber die Tendenzen sind offensichtlich, beispielsweise indem die Grundrechte im Vertrag von Amsterdam mit einer richterlichen Überprüfung durch den Hager Gerichtshof weiterentwickelt wurden. Vielleicht wird die EU der Europäischen Menschenrechtskonvention beitreten.

Macht die Schweiz mit ihrer Verfassungsrevision nicht viel Arbeit für nichts, weil sie nicht zum vorne herein eine europafähige Verfassung anzielt, sondern wieder ein eng begrenztes, nationalstaatliches Werk schafft. Spannend wäre die Schweizer Verfassungsdebatte doch erst, wenn sie auf eine europäische verfassungsgebende Versamm-

lung hinarbeiten würde. Das wäre ein wirkliches Zukunftsprojekt.

Caroline Brüesch: Die Jahrzehnte dauernde Verfassungsreform der Schweiz hat ja das Ziel, bestehendes Verfassungsrecht etwas zu reinigen und mit minimalen Veränderungen nachzuführen. Es fehlt eine Stimmung für weiterreichende politische Reformen. Es fehlt in ganz Europa am Willen, etwas wirklich neues zu schaffen. Einzig die Wirtschaft beweist im Moment Reformwillen und Reformdrang.

Wenn ihr als Regierungsoberhäupter der Schweiz ein Dreipunkte-Massnahmenpaket zur Europäischen Union verabschieden müsstet, wie würde dieses Paket aussehen?

Caroline Brüesch: Weil ich die Zukunft der Schweiz in Europa sehe, würde ich alles unternehmen, um dieses Ziel zu erreichen. Innerstaatliche Reformen müssten an die Hand genommen werden, um einen Mehrheitsentscheid des Volkes und der Stände zu gewinnen: Reform der Volksrechte mit dem konstruktiven Referendum, stärkere Mitwirkung des Parlamentes an aussenpolitischen Angelegenheiten, mehr Aufklärung und Diskussion. Seit 1992 wurde jede Europadiskussion von oben her unterdrückt. Man hat immer gesagt: Bevor die bilateralen Verhandlungen nicht abgeschlossen sind, dürfen wir nicht über einen EU-Beitritt sprechen. Mit dem klinischen Tod der bilateralen Verhandlungen ist die EU-Diskussion über Vor- und Nachteile eines Beitritts wieder auf dem Tisch.

Hans Baumann: Reformen nach innen, EU-Beitrittsverhandlungen nach aussen, so würde ich auch entscheiden. Meine dritte Massnahme wäre, einen Beitritt sozialpolitisch so abzusichern, dass wir unseren KollegInnen und Mitgliedern der Gewerkschaft zusichern können, ein EU-Beitritt mit Personenfreizügigkeit und Dienstleistungsfreiheit, Freiheit der Auftragsvergabe usw. bringt keine Nachteile für die Bevölkerung. Wir können unseren Sozial- und Lohnstandard halten auch bei einem EU-Beitritt. ●